Seite drucken

Sondierungsgespräche

Kopfschütteln nach Jamaika-Aus

politik

20.11.2017 - 17:00

Die gescheiterten Sondierungsgespräche in Berlin bestimmten die Diskussion auf dem Dena-Kongress. (Foto: dena)

Berlin (energate) - Die Absagen von FDP und SPD an eine Regierungsbeteiligung rufen Unverständnis in den eigenen Reihen hervor. "Wir sind gut beraten, offen zu sein", sagte Bernd Westphal, energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, beim Dena-Kongress in Berlin. Das war kurz bevor der Parteivorstand bekräftigte, keine Koalitionsverhandlungen mit der Union zu beginnen. Laut Westphal müssten Verhandlungen zu Schwarz-Rot möglich bleiben. Er werde seine Fraktionskollegen jedenfalls dazu ermuntern. "Es geht immer was, der Weg ist jetzt frei, im Dialog zu bleiben", so der Energiepolitiker.

FDP übt Selbstkritik

Dass die FDP die Sondierungsgespräche zur Jamaika-Koalition mit CDU/CSU und Grünen kurz vor dem Abschluss beendete, stößt auch bei den Liberalen selbst auf Kritik. "Ich stelle mir auch die Frage, ob das sein musste", sagte Henner Schmidt, der für die FDP im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt, auf dem Dena-Kongress. An der Energie- und Klimapolitik seien die Gespräche nicht gescheitert, betonte Schmidt. Auf allen Seiten sei die grundsätzliche Bereitschaft vorhanden gewesen, die CO2-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu senken. Das wäre laut Schmidt die Grundlage gewesen für Koalitionsverhandlungen.

Für Oliver Krischer von den Grünen kam die Absage der FDP "völlig überraschend". Eine Einigung sei inhaltlich möglich gewesen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hätten die Sondierer ein gemeinsames Grundverständnis für die Energiepolitik entwickelt. Die potenziellen

Koalitionäre seien "auf gutem Wege" in Richtung einer höheren CO2-Bepreisung gewesen. Das Thema habe Fahrt aufgenommen durch die kürzlich beschlossene Emissionshandelsreform, die nichts ändern werde. "Die CO2-Bepreisung stand im Raum", bestätigte FDP-Politiker Schmidt. "Alle wollen den Wust entschlacken", sagte er mit Blick auf das Steuer- und Abgabensystem im Energiesektor. Dieses könnte langfristig auf eine CO2-Bepreisung umgestellt werden.

Dschungel von Steuern, Umlagen und Abgaben

Dena-Geschäftsführer Andreas Kuhlmann warb erneut für eine stärkere CO2-Bepreisung. Der Fokus bei der Energiewende müsse auf der Emissionsreduktion liegen, ohne sich dabei auf einzelnen Technologien festzulegen. "Das historisch gewachsene System aus technologiespezifischen Steuern, Umlagen und Abgaben ist zu einem Dschungel angewachsen, der die Entwicklung hemmt", so Kuhlmann. Ein neuer ökonomischer Rahmen könne das System vereinfachen und klare Anreize für die Reduktion von CO2-Emissionen setzen. /sh

-
-
-

Copyright: energate-messenger.de
Kontakt: energate gmbh
redaktion@energate.de

Jegliche Verwendung für den nicht-privaten, kommerziellen Gebrauch bedarf der schriftlichen Zustimmung. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an info@energate.de.